

# RS OGH 2025/12/17 130s16/09s; 150s15/11m (150s16/11h; 150s17/11f); 150s39/11s (150s40/11p); 150s52/1

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 17.12.2025

## Norm

MedienG §6

MedienG §7

MedienG §7a

MedienG §7b

MedienG §7c

MedienG §9

MedienG §10

MRK Art6 II1a

MRK Art6 II5c

MRK Art34

1.ZPMRK Art1 V3

StPO §23

StPO §292

StPO §362 Abs1 Z2

StPO §363a

StPO §366 Abs2 C

1. MedienG § 6 heute

2. MedienG § 6 gültig ab 01.01.2021 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020

3. MedienG § 6 gültig von 01.07.2005 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/2005

1. MedienG § 7 heute

2. MedienG § 7 gültig ab 01.01.2021 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020

3. MedienG § 7 gültig von 01.07.2005 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/2005

1. MedienG § 7a heute

2. MedienG § 7a gültig ab 31.12.2023 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 182/2023

3. MedienG § 7a gültig von 01.01.2021 bis 30.12.2023 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020

4. MedienG § 7a gültig von 24.12.2020 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020

5. MedienG § 7a gültig von 01.01.2015 bis 23.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 101/2014

6. MedienG § 7a gültig von 01.07.2005 bis 31.12.2014 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/2005
  1. MedienG § 7b heute
  2. MedienG § 7b gültig ab 01.01.2021 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020
  3. MedienG § 7b gültig von 01.07.2005 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 49/2005
    1. MedienG § 7c heute
    2. MedienG § 7c gültig ab 01.01.2021 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020
    3. MedienG § 7c gültig von 01.01.2008 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/2007
  1. MedienG § 9 heute
  2. MedienG § 9 gültig ab 01.01.2021 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020
  3. MedienG § 9 gültig von 01.07.1993 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 20/1993
  1. MedienG § 10 heute
  2. MedienG § 10 gültig ab 01.01.2021 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 148/2020
  3. MedienG § 10 gültig von 01.01.2008 bis 31.12.2020 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 112/2007
  1. StPO § 23 heute
  2. StPO § 23 gültig ab 01.01.2011 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 108/2010
  3. StPO § 23 gültig von 01.01.2008 bis 31.12.2010 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 19/2004
  4. StPO § 23 gültig von 01.03.2005 bis 31.12.2007 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/2004
  5. StPO § 23 gültig von 31.12.1975 bis 28.02.2005
  1. StPO § 292 heute
  2. StPO § 292 gültig ab 01.01.1994 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1993
  3. StPO § 292 gültig von 31.12.1975 bis 31.12.1993
  1. StPO § 362 heute
  2. StPO § 362 gültig ab 01.01.2008 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/2007
  3. StPO § 362 gültig von 01.01.1994 bis 31.12.2007 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 526/1993
  4. StPO § 362 gültig von 01.03.1988 bis 31.12.1993 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987
  1. StPO § 363a heute
  2. StPO § 363a gültig ab 01.03.1997 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 762/1996
  1. StPO § 366 heute
  2. StPO § 366 gültig ab 01.01.2008 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 93/2007
  3. StPO § 366 gültig von 01.07.1978 bis 31.12.2007 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 169/1978

### **Rechtssatz**

Die Erneuerungsmöglichkeit (auch ohne vorangegangene EGMR-Entscheidung) bedeutet keine unzulässige Beschränkung des aus dem Recht auf ein faires Verfahren (Art 6 Abs 1 MRK) iVm der Präambel der Konvention abgeleiteten Anspruchs auf Rechtssicherheit, maW auf Respektierung der - nach Maßgabe nur des innerstaatlichen Rechtsschutzsystems zu beurteilenden - Rechtskraft von Entscheidungen durch den Staat selbst. In Strafsachen ist die Aufhebung eines grundrechtswidrigen Schuldspruchs des untergeordneten Strafgerichts zum Vorteil des Angeklagten stets möglich. Wurde hingegen über zivilrechtliche Ansprüche im Strafverfahren entschieden, ist die Zulässigkeit einer Durchbrechung der Rechtskraft grundsätzlich auch unter dem Aspekt einer iSd Art 1 des 1. ZPMRK geschützten Position zu prüfen: Bei untrennbar mit einem Schuldspruch (§ 260 Abs 1 Z 2 StPO) verbundenen Zusprüchen (§ 366 Abs 2 StPO) prävaliert im Strafverfahren der Schutz des Angeklagten; für den Privatbeteiligten allenfalls nachteilige Wirkungen einer Aufhebungsentscheidung wären als Schadenersatzansprüche im Amtshaftungsverfahren geltend zu machen. Wird hingegen ausnahmsweise im Strafverfahren über - vertragsautonom iSd Art 6 MRK betrachtet - zivilrechtliche, nicht akzessorische Ansprüche entschieden (§§ 6 ff, 9 f MedienG), ist die Entscheidung in der Sache, also auch die Aufhebung der Entscheidung des untergeordneten Strafgerichts jedenfalls dann möglich, wenn der Antragsgegner (als zuvor am Verfahren Beteiligter) einen Erneuerungsantrag unter den oben dargestellten strikten Voraussetzungen gestellt hat, gleichviel, ob die Aufhebung in Stattgebung dieses Antrags oder einer aus dessen Anlass erhobenen Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes erfolgt. Lediglich bei einer nicht von einem Antrag nach § 363a StPO begleiteten Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes (oder einem Antrag gemäß § 362 Abs 1 Z 2

StPO) kann von dem Ermessen iSd § 292 letzter Satz StPO nicht Gebrauch gemacht werden, während die Feststellung der zum Nachteil eines Verfahrensbeteiligten sich auswirkenden Gesetzes-(Konventions-)verletzung stets (auch zugunsten des Privatanklägers bzw Antragstellers im vorangegangenen Verfahren) möglich ist, weil durch sie die geschützte Rechtsposition eines anderen Verfahrensbeteiligten - iS etwa eines Verstoßes gegen das Verbot der reformatio in peius - nicht tangiert wird. Diese höchstgerichtliche Feststellung einer Gesetzesverletzung hat im Übrigen Bindungswirkung in einem allfälligen Amtshaftungsverfahren und ist solcherart geeignet, die Opfereigenschaft iSd Art 34 MRK zu beseitigen. Die Erneuerungsmöglichkeit (auch ohne vorangegangene EGMR-Entscheidung) bedeutet keine unzulässige Beschränkung des aus dem Recht auf ein faires Verfahren (Artikel 6, Absatz eins, MRK) in Verbindung mit der Präambel der Konvention abgeleiteten Anspruchs auf Rechtssicherheit, maW auf Respektierung der - nach Maßgabe nur des innerstaatlichen Rechtsschutzsystems zu beurteilenden - Rechtskraft von Entscheidungen durch den Staat selbst. In Strafsachen ist die Aufhebung eines grundrechtswidrigen Schuldspruchs des untergeordneten Strafgerichts zum Vorteil des Angeklagten stets möglich. Wurde hingegen über zivilrechtliche Ansprüche im Strafverfahren entschieden, ist die Zulässigkeit einer Durchbrechung der Rechtskraft grundsätzlich auch unter dem Aspekt einer iSd Artikel eins, des 1. ZPMRK geschützten Position zu prüfen: Bei untrennbar mit einem Schuldspruch (Paragraph 260, Absatz eins, Ziffer 2, StPO) verbundenen Zusprüchen (Paragraph 366, Absatz 2, StPO) prävaliert im Strafverfahren der Schutz des Angeklagten; für den Privatbeteiligten allenfalls nachteilige Wirkungen einer Aufhebungsentscheidung wären als Schadenersatzansprüche im Amtshaftungsverfahren geltend zu machen. Wird hingegen ausnahmsweise im Strafverfahren über - vertragsautonom iSd Artikel 6, MRK betrachtet - zivilrechtliche, nicht akzessorische Ansprüche entschieden (Paragraphen 6, ff, 9 f MedienG), ist die Entscheidung in der Sache, also auch die Aufhebung der Entscheidung des untergeordneten Strafgerichts jedenfalls dann möglich, wenn der Antragsgegner (als zuvor am Verfahren Beteiligter) einen Erneuerungsantrag unter den oben dargestellten strikten Voraussetzungen gestellt hat, gleichviel, ob die Aufhebung in Stattgebung dieses Antrags oder einer aus dessen Anlass erhobenen Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes erfolgt. Lediglich bei einer nicht von einem Antrag nach Paragraph 363 a, StPO begleiteten Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes (oder einem Antrag gemäß Paragraph 362, Absatz eins, Ziffer 2, StPO) kann von dem Ermessen iSd Paragraph 292, letzter Satz StPO nicht Gebrauch gemacht werden, während die Feststellung der zum Nachteil eines Verfahrensbeteiligten sich auswirkenden Gesetzes-(Konventions-)verletzung stets (auch zugunsten des Privatanklägers bzw Antragstellers im vorangegangenen Verfahren) möglich ist, weil durch sie die geschützte Rechtsposition eines anderen Verfahrensbeteiligten - iS etwa eines Verstoßes gegen das Verbot der reformatio in peius - nicht tangiert wird. Diese höchstgerichtliche Feststellung einer Gesetzesverletzung hat im Übrigen Bindungswirkung in einem allfälligen Amtshaftungsverfahren und ist solcherart geeignet, die Opfereigenschaft iSd Artikel 34, MRK zu beseitigen.

### **Entscheidungstexte**

- RS0124740">13 Os 16/09s  
Entscheidungstext OGH 16.04.2009 13 Os 16/09s
- RS0124740">15 Os 15/11m  
Entscheidungstext OGH 16.03.2011 15 Os 15/11m  
Vgl auch
- RS0124740">15 Os 39/11s  
Entscheidungstext OGH 04.05.2011 15 Os 39/11s  
Vgl auch; Beisatz: Wenn der Schuldspruch (hier: Officialdelikt) unverändert bestehen bleibt und die Gesetzesverletzung nur das Adhäsionserkenntnis betrifft, steht einer Zuerkennung konkreter Wirkung nach § 292 Abs 2 letzter Satz StPO Art 1 des 1. ZPMRK entgegen, soweit der Privatbeteiligte auf die Rechtskraft des Zuspruches vertrauen durfte. (T1)
- RS0124740">15 Os 52/10a  
Entscheidungstext OGH 04.05.2011 15 Os 52/10a  
Vgl; Beisatz: Hier: Fragen des Kostenersatzes. (T2)
- RS0124740">15 Os 75/11k  
Entscheidungstext OGH 29.06.2011 15 Os 75/11k  
nur: Wurde über zivilrechtliche Ansprüche im Strafverfahren entschieden, ist die Zulässigkeit einer Durchbrechung der Rechtskraft grundsätzlich auch unter dem Aspekt einer im Sinn des Art 1 des 1. ZPMRK geschützten Position zu prüfen: Bei untrennbar mit einem Schuldspruch (§ 260 Abs 1 Z 2 StPO) verbundenen

Zusprüchen (§ 366 Abs 2 StPO) prävaliert im Strafverfahren der Schutz des Angeklagten. (T3)

Beisatz: Wenn die Gesetzesverletzung nur den Kostenbestimmungsbeschluss betrifft, steht der Zuerkennung konkreter Wirkung nach § 292 Abs 2 letzter Satz StPO Art 1 des 1. ZPMRK entgegen, soweit der Privatankläger auf die Rechtskraft des Zuspruchs vertrauen durfte. (T4)

- RS0124740">15 Os 106/10t  
Entscheidungstext OGH 29.06.2011 15 Os 106/10t  
Vgl auch
- RS0124740">15 Os 11/12z  
Entscheidungstext OGH 22.08.2012 15 Os 11/12z  
Vgl; Auch Beis wie T1
- RS0124740">12 Os 16/13i  
Entscheidungstext OGH 04.07.2013 12 Os 16/13i  
nur T3; Beis wie T4
- RS0124740">15 Os 91/13s  
Entscheidungstext OGH 21.08.2013 15 Os 91/13s  
Vgl; nur T3
- RS0124740">17 Os 19/14v  
Entscheidungstext OGH 12.05.2014 17 Os 19/14v  
Vgl auch; Beisatz: Zwar ist eine Durchbrechung der Rechtskraft von ? ausnahmsweise im Strafverfahren ergangenen ? Entscheidungen über (ausschließlich) zivilrechtliche Ansprüche in Stattgebung einer Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes wegen des damit verbundenen Eingriffs in eine durch Art 1 1. ZPMRK geschützte Rechtsposition (und den sich aus Art 6 Abs 1 MRK ergebenden Anspruch auf Rechtssicherheit) in der Regel nicht möglich. Vorliegend kommt aber zum Tragen, dass der Sachverständige seinen Honoraranspruch ? ungeachtet dessen Charakters als „civil right“ ? unter der Einschränkung einer allfälligen Rückzahlungsverpflichtung gemäß § 42 Abs 3 GebAG erworben hat. Eine solche Verpflichtung besteht nämlich dann, wenn die Gebühr vor Eintritt ihrer rechtskräftigen Bestimmung gezahlt und durch einen nachträglichen Beschluss oder eine Rechtsmittelentscheidung herabgesetzt wurde. (T5)
- RS0124740">15 Os 75/13p  
Entscheidungstext OGH 23.04.2014 15 Os 75/13p  
Vgl
- RS0124740">15 Os 70/13b  
Entscheidungstext OGH 19.03.2014 15 Os 70/13b  
Vgl
- RS0124740">15 Os 63/13y  
Entscheidungstext OGH 27.05.2014 15 Os 63/13y  
Auch
- RS0124740">15 Os 74/13s  
Entscheidungstext OGH 27.05.2014 15 Os 74/13s  
Auch
- RS0124740">13 Os 22/14f  
Entscheidungstext OGH 05.06.2014 13 Os 22/14f  
Auch; nur T3
- RS0124740">12 Os 164/14f  
Entscheidungstext OGH 15.01.2015 12 Os 164/14f  
Auch; nur T3
- RS0124740">15 Os 73/15x  
Entscheidungstext OGH 10.06.2015 15 Os 73/15x  
Auch
- RS0124740">13 Os 36/15s  
Entscheidungstext OGH 10.06.2015 13 Os 36/15s  
Auch; nur T3; Beis wie T1

- RS0124740">15 Os 154/14g  
Entscheidungstext OGH 26.08.2015 15 Os 154/14g  
Vgl
- RS0124740">15 Os 115/14x  
Entscheidungstext OGH 07.10.2015 15 Os 115/14x  
Auch
- RS0124740">12 Os 113/16h  
Entscheidungstext OGH 22.09.2016 12 Os 113/16h  
Auch; nur T3
- RS0124740">12 Os 98/16b  
Entscheidungstext OGH 22.09.2016 12 Os 98/16b  
Auch; nur T3
- RS0124740">13 Os 133/16g  
Entscheidungstext OGH 22.02.2017 13 Os 133/16g  
Vgl aber
- RS0124740">12 Os 33/17w  
Entscheidungstext OGH 18.05.2017 12 Os 33/17w  
Auch; nur T3
- RS0124740">13 Os 37/17s  
Entscheidungstext OGH 17.05.2017 13 Os 37/17s  
Auch
- RS0124740">14 Os 25/18k  
Entscheidungstext OGH 06.03.2018 14 Os 25/18k  
Auch; Beis wie T1
- RS0124740">15 Os 86/18p  
Entscheidungstext OGH 12.12.2018 15 Os 86/18p  
Auch
- RS0124740">11 Os 143/19t  
Entscheidungstext OGH 10.12.2019 11 Os 143/19t  
Vgl; nur T3
- RS0124740">15 Os 42/20w  
Entscheidungstext OGH 23.10.2020 15 Os 42/20w  
Vgl
- RS0124740">12 Os 53/21t  
Entscheidungstext OGH 29.07.2021 12 Os 53/21t  
Vgl
- RS0124740">11 Os 113/21h  
Entscheidungstext OGH 02.11.2021 11 Os 113/21h  
Vgl
- RS0124740">15 Os 41/22a  
Entscheidungstext OGH 18.10.2022 15 Os 41/22a  
Vgl
- RS0124740">15 Os 109/23b  
Entscheidungstext OGH 11.03.2024 15 Os 109/23b  
vgl
- RS0124740">15 Os 55/24p  
Entscheidungstext OGH 26.02.2025 15 Os 55/24p  
vgl
- RS0124740">

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)